

Stresemann-Rede vom 30.09.1929

30. September 1929: Sitzung des Reichsausschusses Privatbesitz Dr. Wolfgang Stresemann.

Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: »Reichsausschuß 30. September 1929.«

Dr. Stresemanns letzte Rede«. Stresemann gedenkt des verstorbenen Mitgliedes der Reichstagsfraktion, Dr. Kulenkampf; sein Vorschlag, dem erkrankten Scholz ein Begrüßungstelegramm zu senden, findet allgemeine Zustimmung.

[Stresemann:] Meine Herren! Sie haben bisher über die Organisationsfragen verhandelt. Gestatten Sie mir, diese Verhandlungen durch ein kurzes Referat über die politische Lage zu unterbrechen. Ich habe zwar heute vormittag gehört, daß es verantwortungslos von mir sei, in Versammlungen zu gehen anstatt zu ruhen. Aber ich halte die Situation, in der wir stehen, für zu wichtig, als daß ich nicht dazu im Kreise des Reichsausschusses mich äußerte. Dabei will ich mich auf die Fragen beschränken, die im Mittelpunkt der ganzen politischen Erörterungen stehen. Das ist die Frage der Neuregelung unserer Tributverpflichtungen, der sogenannte Young-Plan⁶⁶, und das ist weiter die Frage des dagegen eingereichten Volksbegehrens⁶⁷ und der Agitation, die sich damit verbindet, und der weiteren Ziele, die mit der Gründung des Reichsausschusses für das Volksbegehren nach meiner festen Überzeugung verbunden sind. Heute nachmittag um 3 Uhr wird voraussichtlich die deutschnationale Reichstagsfraktion beantragen, daß das Plenum des Reichstags in eine Debatte über den Young-Plan eintritt. Die Reichsregierung wird das ablehnen und muß das ablehnen. Schon die Forderung einer Diskussion über den Young-Plan im Reichstag ist ein ganz unverantwortliches, leichtfertiges Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes (Sehr gut!). Wir stehen in Verhandlungen über den Young-Plan auch jetzt noch. Große Fragen harren noch der Entscheidung. Es ist gar kein Zweifel, daß unsere Gegner versuchen werden, uns zu Konzessionen zu pressen, die außerordentlich weit gehen können, die sich namentlich beziehen auf die Aufgabe der deutschen Ansprüche aus Liquidationen.⁶⁸ Das sind Ansprüche gegenüber anderen Mächten, die man ziffernmäßig auf mehr als eine Milliarde beziffern kann. Wenn die Regierung gezwungen wird, vor der ganzen Weltöffentlichkeit die Gründe anzugeben, die sie gezwungen haben, für den Young-Plan einzutreten, wenn sie die ganzen Vorteile des Young-Plans für Deutschland vor der Weltöffentlichkeit darzulegen gezwungen ist, wenn sie weiterhin vielleicht sogar auf Anfragen aus dem Reichstag gezwungen würde festzustellen, welche Steuererleichterungen sie in Aussicht nimmt von dem Datum der Annahme des Young-Plans an⁶⁹, dann können unsere Unterhändler in den Organisationskomitees nach Hause fahren, dann haben sie gar keine Möglichkeit mehr, irgend etwas durchzusetzen. Ich habe bei der letzten Diskussion im Reichstag dem Grafen Westarp gesagt; Wenn zwei Leute auf der Mensur stehen, müssen die Waffen gut und gleich sein. Die Waffen sind nicht gut und gleich, denn Sie wissen ganz genau, daß ich nicht die Stellungnahme der Reichsregierung so vertreten kann, wie ich möchte. Das gilt aber nicht nur für mich als Außenminister, das gilt sozusagen für jeden verantwortlichen Abgeordneten gegenüber der ganzen Situation Deutschlands. Daß man das nicht einsieht oder nicht einsehen will, ist ein Zeichen dafür, daß diese Demagogie fortwährend weitergetrieben wird. Bei den Verhandlungen im Haag hat es sich doch nur um eine Frage der Entscheidung für die deutsche Reichsregierung und die deutschen Vertreter

gehandelt: Was ist vorzuziehen, das Weiterbestehen des Dawes-Planes mit der von vielen erwarteten Herbeiführung der Dawes-Krise⁹⁰ oder die Annahme des Young-Planes? So standen die Dinge. Ich glaube, ich brauche in diesem Kreise mich nicht darüber auszulassen, daß irgendeine autonome Erklärung der deutschen Reichsregierung - und möge sie einstimmig von 41 Millionen Deutschen abgegeben werden - irgend etwas an internationalen Schuldverpflichtungen ändert. Wenn wir in der Lage wären, das durch eine einseitige Erklärung zu tun, würde ich viel weiter gehen als die Herren, die das Volksbegehren einbringen; dann würde ich nicht nur sagen, daß der Vertrag von Versailles aufhört zu existieren, dann würde ich hinzufügen, daß die bisher erstatteten Leistungen mit Zins und Zinseszins an Deutschland zurückerstattet werden müssen. Die ganze große Irreführung der Psychologie des deutschen Volkes besteht weiter darin, daß man - und ich kann diejenigen, die das tun, nicht mehr das gute innere Bewußtsein zuerkennen - die Frage der Kriegsschuldfrage in Zusammenhang bringt mit den Zahlungen Deutschlands." Ich gebe davon die eine Möglichkeit zu: daß eine sehr starke Einwirkung auf die Weltöffentlichkeit, die der Weltöffentlichkeit beweist, daß Deutschland nicht der Urheber des Krieges ist, im Laufe der Zeit vielleicht auf die Vereinigten Staaten von Amerika in dem Sinne einwirken kann, daß sie eine gewisse Ermäßigung ihrer Gesamtforderungen zugestehen und daß wir, die wir an einer Ermäßigung dieser Forderungen gegenüber anderen Mächten partizipieren, dadurch eine Erleichterung bekommen. Deshalb ist bei uns im Auswärtigen Amt eine Abteilung, die sich speziell mit der Bekämpfung der Kriegsschuldfrage beschäftigt.⁹¹ Was in den letzten Jahren in dieser Beziehung in der Welt geschehen ist, ist zu 90% von uns selbst geschehen (Hört! Hört!), auch soweit es unter anderem Namen geschehen ist, soweit andere Nationen angeblich in Betracht kommen. Mit Resolutionen deutscherseits ist gar nichts in der Beziehung zu machen. Was getan werden kann und was weitgehend schon dazu geführt hat, daß kein verantwortlicher Mann eigentlich heute noch von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands spricht, das wird weiter mit allen Mitteln fortgesetzt. Das weiß niemand besser als die deutschnationale Partei, die ganz genau über die Einzelheiten informiert ist (Hört! Hört!). Was aber töricht und altes Tantengewäsch ist, das ist, daß jetzt versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als wenn eine einseitige Erklärung von uns irgend etwas änderte an den Internationalen Schuldverpflichtungen, die augenblicklich bestehen. Es ist ja ganz seltsam, daß gerade die rechtsstehenden und rechttestehenden Organisationen diese Idee verfechten. Sie widerspricht ja ihrer ganzen Auffassung von der gesamten Geschichte der Welt und der Völker. Stellen Sie sich doch einmal vor, wenn Sie an einen preußischen Konservativen die Frage richten: Wenn nach dem dritten schlesischen Kriege ein Professorenkollegium erklärt hätte, daß die Erbansprüche Friedrichs des Großen auf Schlesien nicht gerechtfertigt wären, - glauben Sie, daß Friedrich der Große Schlesien zurückgegeben hätte? Er würde gesagt haben: Ich habe in drei Kriegen gesiegt, Schlesien gehört mir! Oder glauben Sie, daß 1871, wenn ein internationales Gremium im Haag erklärt hätte, daß die Ursache des deutschfranzösischen Krieges nicht, wie ich überzeugt bin, die unverschämte Note Frankreichs in Bezug auf die Thronrechte der Hohenzollern in Spanien war, sondern die Redigierung der Emser Depesche die Ursache gewesen wäre und Deutschland im Unrecht gewesen sei, - daß dann die deutsche Reichsregierung mit Einschluß der Partei des Grafen Westarp Elsaß-Lothringen zurückgegeben und die fünf Milliarden Kriegsschadenszahlung zurückgezahlt hätte? Das sind ja Torheiten. Hier ist rechter Hand, linker Hand alles

vertauscht. Leute wie Quidde und Förster können solche Ideen vertreten. Die können sagen: Hier ist ein Unrecht begangen, darum muß die ganze Weltgeschichte revidiert werden. Aber ein Konservativer kann das nicht sagen, ohne daß er mit seinen ganzen Grundideen in vollkommenen Zusammenbruch kommt. Wir haben gegen, ich glaube, 23 Mächte einen Weltkrieg verloren in einem Ausmaß, wie ihn die Weltgeschichte seit Jahrhunderten nicht gekannt hat. Sich vorzustellen, daß, wenn jetzt ein Schiedsgericht im Haag erklären würde: Die Behauptung, daß Deutschland der Urheber des Krieges ist, ist unrichtig, es sind im wesentlichen Verschiedene daran beteiligt, das Ganze ist ein Mißverständnis, und selbst dann, wenn es erklären würde: Deutschland ist am wenigsten beteiligt, - dies an der Weltgestaltung irgend etwas ändern würde, ist doch Torheit. Es würde sich zunächst nicht das Mindeste ändern. Es könnte sich etwas ändern, wenn die Machtverhältnisse anders wären. Wenn heute irgendeine chemische Erfindung Deutschland die militärische Überlegenheit gäbe, würde es eine Möglichkeit haben, auch auf eine Revision des Versailler Friedens hinzuwirken, aber nicht mit irgendeinem juristischen Gutachten. Man spricht so viel davon, daß wir von kranken Seelen regiert würden. Ich finde, es sind kranke Seelen, die glauben, mit juristischen Gutachten die Weltgeschichte revidieren zu können, die dem Volke vorspiegeln, daß dann selbstverständlich die Zinsverpflichtungen aufhörten. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Wir haben den Krieg verloren und müssen sehen, daß wir die Verpflichtungen, die auf uns lasten, auf dasjenige Maß bringen, das erträglich ist und das weiterhin für die Zukunft die Möglichkeit der Revision nicht ausschließt. Das erste, ob es erträglich ist? Dazu lassen Sie mich folgendes sagen. Selbstverständlich bedeutet es eine unerträgliche Belastung. Es ist mir - ich nehme an, daß das, was ich hier sage, nicht als Rede des Außenministers irgendwie herausgeht - auch ebenso klar, daß diese Dinge auf die Dauer sich nicht halten. Das ist meine feste Überzeugung. Aber ich muß zunächst das eine bemerken: Welche Ziffer erträglich ist, kann kein Mensch beantworten. Es ist einfach eine Torheit zu sagen: Bei der Ziffer von x Millionen ist es erträglich, bei x plus soundsoviel ist es unerträglich. Hier beginnt auch die Unlogik des Herrn Generaldirektors Vögler. Herr Vögler hat die weitere Mitarbeit bei der Expertenkommission in Paris abgelehnt und erklärt: Das deutsche Volk kann das unter keinen Umständen tragen.'[^] Er hat das mir gegenüber begründet. Er hat erklärt, wir seien so verschuldet an das Ausland und hätten dazu eine derartig passive Handelsbilanz, wir hätten ferner so viel durch den Krieg verloren, daß wir neben der passiven Handelsbilanz und der Verschuldung an das Ausland nicht noch Reparationen zahlen könnten. Ich bestreite nicht, daß hierin eine Logik liegt. Aber ich bestreite, daß man dann 1 650 Millionen anbieten kann. Ob es dann 1 650 oder 1 790 sind, ist dann nicht das Entscheidende. Dann hätte man den Mut haben müssen zu sagen: Wir lehnen jede Zahlung ab mit allen Konsequenzen, die sich daraus für Deutschland ergeben. Denn die Differenz von 200 Millionen macht für diese Frage nicht das Geringste aus. Und wenn damals Herr Vögler mir gesagt hat: Ich wollte es ja nur für eine Generation, und wenn die deutsche Jugend erfahren würde nach 30 bis 35 Jahren werden wir frei, würde sie bereit sein, mehr zu arbeiten und unter anderen Bedingungen zu leben. '■* Meine Herren, alle Achtung vor der deutschen Jugend, aber ich glaube nicht, daß ein einziger in die Hände spuckte und mehr arbeitete, wenn er hörte, daß Deutschland nach 35 Jahren von Reparationen frei würde. Ich kenne die großstädtische Jugend einigermaßen. Ich glaube nicht, daß das auf die deutsche Arbeiterschaft den geringsten Eindruck machen

würde. Diesen Gedanken, daß man bei einer bestimmten Summe Ja sagen könnte im Sinne dessen: Das schaffen wir, das halte ich für eine Torheit. Das sind Werturteile, die kein Mensch aussprechen kann. Was jetzt vor sich geht, ist doch zunächst einmal die Frage: Kommen wir besser vorwärts unter dem Dawes-Prinzip oder unter dem neuen Young-Plan? Nun wird vor allen Dingen das eine gesagt: Wie könnt Ihr zwei Generationen versklaven? Nun könnte ich vielleicht darauf das antworten, was einer unserer Pariser Sachverständigen dem Herrn Generaldirektor Reusch' ' geantwortet hat, der in einer Versammlung des Langnam-Vereins" gesagt hat: Wenn ich an meine Enkelkinder auf der Schulbank denke und mir vorstelle, daß diese kleinen Kinder später noch Sklaven sind und zahlen müssen! Darauf hat er ihm erwidert: Herr Reusch, es gibt eine Möglichkeit, zunächst einmal die ganze letzte Generation zu befreien, wenn nämlich das deutsche Volk ein Jahr lang die Hälfte von dem rauchen und saufen würde, was es tut, dann hätten wir die Kapitalsumme, um die letzte Generation loszukaufen (Zuruf: Nur das Trinken!). Darauf hat Herr Reusch geantwortet: Ich sehe ein, daß ich mich bei meinen Ausführungen vielleicht mehr vom Gefühl als vom Intellekt habe treiben lassen. Was mir auch so scheint! Denn Sie müssen zweierlei bei dieser Frage bedenken, und Sie werden verstehen, daß ich mir bei einem Teil große Zurückhaltung auferlege. Die erste Frage ist die: Kann jemand mit gutem Gewissen sagen, daß wir hier für 57 Jahre eine Verpflichtung eingegangen sind? Unbedingt sind wir juristisch eine solche Verpflichtung eingegangen. Wenn Sie aber einen Staatsmann in Europa oder in einem anderen Erdteil finden, der der Meinung ist, daß ein Abkommen für 57 Jahre praktisch ist, so bitte ich Sie, mir den Namen des Betreffenden zu nennen. Wenn mir im Haag bei den Debatten vorgerechnet worden ist, daß wir Jahr für Jahr ersparen würden durch den Young-Plan, was uns in den ersten zehn Jahren an Erleichterungen zuflösse, und ich dann gesagt habe: Sie müssen bedenken, daß wir 57 Jahre hindurch zahlen müssen, dann habe ich aufgehört, als ein Staatsmann zu gelten, der ernsthaft mit andern diskutiert, man hat mir einfach ins Gesicht gelacht und gesagt: Wann denken Sie denn, wann wir wieder zusammen sind zur Revision des Planes? Leider hat das deutsche Volk für diese Imponderabilien nicht das nötige Verständnis. Aber diese Imponderabilien sind für unsere ganze weltwirtschaftlich Stellung und für die Erhaltung unserer Währung von ungeheurer Wichtigkeit. Oder ist etwa die französische Währung gehalten worden durch Manipulationen? Nein, durch Imponderabilien, die Poincaré mitbrachte, durch das Ansehen, das er als Person mitbrachte. Aber diese Dinge sind natürlich im Kampfe nicht zu verwerten. Zu verwerten ist nur die Tatsache, daß dieser Young-Plan in unsere Hand gibt, ein Moratorium zu beantragen, was früher in den Händen der anderen lag. Und die Folgerung, die sich daraus ergibt und die zur Revision führt, liegt doch auf der Hand. Was wir aufgeben und was unbedingt bleibt für die Dauer, das ist der ungeschützte Teil der Annuitäten, das, was kommerzialisiert wird, was nicht mehr Staatsschuld ist, sondern in die Hände des einzelnen übergeht, das bleibt als deutsche Schuld. Das zu leugnen wäre töricht, wäre fehlgedacht. Alles andere ist Auseinandersetzung zwischen den Staaten jetzt und in Zukunft. Als der »Kladderadatsch«* noch einigen Humor hatte und nicht nur von einigen Greisen redigiert wurde, hat er mal nach dem verlorenen Kriege als Titelblatt ein Bild gebracht: An der Spitze Lloyd George mit der großen Pauke und hinter ihm die anderen Unterhändler, und darunter stand: Und so zieh'n wir mit Gesang aus dem einen Restaurant in das andere Restaurant! Das war, als sich damals die Konferenzen

folgten in Brüssel, Cannes, Spa. Es hat sich doch nichts daran geändert. Alle paar Jahre kamen neue Konferenzen, um diese Generalliquidation durchzuführen. Und wenn diejenigen, die die Vorarbeiten geleistet haben für den Young-Plan, es wagen können, in ihrer Debatte zu sagen - was ich einmal wiederholt habe -: Kein Wirtschaftler der Welt kann es wagen, die Entwicklung auf länger als zehn Jahre irgendwie voraussehen zu wollen, so ist damit, glaube ich, ihre Auffassung klar zum Ausdruck gebracht. Aber unbeschadet dessen, wie weit die jetzt in unsere Hand gegebene Entscheidung über die Aufschiebung unserer Zahlungen uns die Möglichkeit gibt, nicht willkürlich und nicht mit Ankündigung: Wartet man! - abgesehen davon, daß jetzt eine ganz andere Situation ist als beim Dawes-Plan - zu sagen: Es geht nicht mehr, möchte ich doch darauf eingehen, was die Dawes-Krise bedeutet. Herr Hugenberg hat kürzlich auf etwas geantwortet, was ich einmal ausgeführt habe. Eine der größten deutschen Banken hat mir einmal die Ziffern derjenigen Debitoren aufgegeben, die bei ihr liefen und die sie in dem Augenblick kündigen würde, wo ihr die amerikanischen kurzen Kredite gekündigt würden. Die Summe betrug 750 Millionen RM.*' Vielleicht erscheint sie vielen heute klein, da man sich gewöhnt hat, mit solchen Ziffern zu spielen. Früher wurde der Reichstag zu einer Extra-Session einberufen, wenn sich 7 1/2 Millionen Differenz ergeben hatten, weil man Angst hatte, weiter zu regieren. Heute kommt man [mit] einer solchen Lappalie kaum an das Plenum. Nun hat Herr Hugenberg darauf gesagt: Es kommt nicht darauf an, ob eine Großbank in Schwierigkeiten kommt. Hugenberg ist gar nicht so dumm, wie er sich stellt. Wenn auch nur eine der großen Banken 750 Millionen kündigt, ist das der Kollaps der Wirtschaft! Dann ist die Folge, daß die Betriebe, die in vierzehn Tagen zahlen müssen und nicht zahlen können, aufgekauft werden von Leuten, die entweder finanziell stark oder von derjenigen Art von Abenteurern in unserer Wirtschaft sind, die man weiß Gott nicht gern als Besitzer von Unternehmungen sehen möchte, die ein Jahrhundert in den Händen einer Familie gewesen sind. Die Leute setzen sich darüber hinweg. Denken Sie nur an die vier Tage, als es so schien, als ob die Pariser Verhandlungen nicht in Ordnung kämen.-“ Was hat das für einen Zusammenbruch hier gegeben. Was ist damals angeschafft worden an Gold, um die Währung zu halten. Die Anforderungen waren stärker, als sie jemals 1923 in der Zeit der stärksten Inflation gewesen sind. Ich werde es nicht veröffentlichen und hoffentlich wird es nicht veröffentlicht durch andere, was wir damals gebraucht haben, um die deutsche Mark zu halten. Das waren die Tage, wo man nicht wußte, ob in Paris ein Ja oder ein Nein gesprochen würde. Stellen Sie sich vor, daß wir hineinsteuerten in die Dawes-Krise. Es gibt genug Leute, die zunächst das wenige Geld, das wir noch haben, so schnell wie möglich ins Ausland bringen würden. Auf der anderen Seite würde der Kampf um die Sachwerte beginnen. Es würde der Kampf wieder beginnen, ob wir unsere Währung halten können. Die Sparkassen würden gestürmt werden, und das Vertrauen, das sich langsam und allmählich wieder herausgebildet hat, wäre dahin. Das ist das eine, wenn diese Krise katastrophal über uns käme. Gewiß, dann wird darum gekämpft um eine neue Revision. Ob aber diese neue Revision besser würde als der Young-Plan, wer will das behaupten? Glauben Sie denn, daß irgendein Mensch uns etwas schenken wird aus Liebenswürdigkeit gegen Deutschland? Es denkt kein Mensch daran: weder Frankreich noch England, weder Briand noch Snowden.^ Da ist einer wie der andere bis zu den Griechen und Rumänen und dem anderen tertiären Geschmeiß. Also, wenn wir erst durch die Dawes-Krise gehen mit all den

Zusammenstürzen derjenigen Firmen, die das nicht aushalten können - die großen Konzerne können es vielleicht aushalten, für die kleinen ist es das Sterben -, und was dann bei einer etwaigen Revision herauskommt, ob die um 30 % besser ist als der Young-Plan, das weiß ich nicht, das sehe ich vorläufig nicht. Aber einen kenne ich, der wünscht die Dawes-Krise mit aller Kraft, mit aller Brutalität, mit aller Kühle, die ein Herz haben kann: Das ist die Treasury in London.““ Nicht einer ist so beschimpft worden wie Gushendun““, als er in Genf einverstanden war mit der Revision des Young-Plans. Und ob Labour-Party oder Konservative, das ist ein Unterschied vielleicht in Deutschland, obwohl die wirkliche Politik sich auch nicht so äußern könnte, aber wenn es sich um englisches Geld handelt, ist zwischen Labour-Party und Konservativen in England nicht der geringste Unterschied, es sei denn, daß Snowden noch etwas mehr den Charakter, ich hätte beinahe gesagt, eines Shylock hat als Chamberlain. Die würden ruhig warten, bis die deutsche Wirtschaft sich zum zweiten Male verblutet hat unter einer derartigen Krise, die würden das Zusammentreten einer Konferenz zur Revision des Dawes-Plans hinauszögern bis zum letzten und uns nicht das Geringste schenken, sie würden sich freuen, wenn die englische Wirtschaft gegenüber der deutschen wieder mal einen großen Vorsprung bekäme. Es heißt, dann brauchten wir nach dem Dawes-Plan nicht mehr zu zahlen. Primum esse, tum philosophari! Es wird viele Unternehmungen geben, die werden zweifellos weiter versuchen, im Ausland Geld zu bekommen. Und dann hat der Transfer-Agent Devisen. Er kann zahlen. Er kann eine Zeitlang stoppen und dann wieder nachholen. Es geht nicht so, daß das an einem Tage aufhört. Nun wird gesagt: Die heilende Wirkung durch die rote Flut zur Rettung! Ich warne Sie davor. Ich habe für meine Person zu starke Erfahrungen nach der Richtung gemacht. Ich habe an den Sieg des Ruhrkampfes geglaubt. Ich war innerlich überzeugt, daß wir damit durchkommen würden. Als damals der Herr Reichskanzler Cuno die Großindustrie gefragt hat: Wer soll das bezahlen?, da ist ihm gesagt worden: Kümmern Sie sich nicht darum, das zahlen wir. Das war ein Irrtum, wie es scheint. Als Herr Cuno ging, ist Herr Stinnes mit zwei Herren der Großindustrie zu mir gekommen - ich war, glaube ich, fünf Tage Reichskanzler - und hat gesagt: Herr Stresemann, jeder Tag, den Sie vergehen lassen, ohne sofort eine Verständigung mit Frankreich herbeizuführen und den Ruhrkampf abubrechen, ist ein Verbrechen am deutschen Volke.-" Das war das erste, was ich hörte, als ich vor dieser Situation stand. Damals haben wir auch geglaubt, durch diese Flut hindurch zur Rettung zu kommen. Kein Zweifel, der Ruhrkampf hat seine Bedeutung auch positiv gehabt. Er hat der Welt gezeigt, daß die Bevölkerung deutsch denkt. Aber was er an Wunden unserer Wirtschaft und unseren Finanzen geschlagen hat, ist bis heute noch nicht ausgestanden. Und zum zweiten Mal des Experiment zu machen und die Dawes-Krise absichtlich heraufzubeschwören, ohne zu wissen, was nachher kommt, das mache ich für meine Person nicht mit. Was ist denn bei dem Young-Plan vor sich gegangen? Er ist ja von den Franzosen mit angeregt worden, und das ist für viele schon ein Grund, dagegen zu sein. Man muß sich doch bei jeder Verhandlung auch fragen: Was sind denn die Gründe des Gegners? Die Gründe des Gegners, des französischen Gegners, sind die Möglichkeit der Kommerzialisierung einer Summe von 500 Millionen. Frankreich braucht das, Frankreich will das.^ ^ Frankreich verzichtet demzufolge in der Mehrheit seines Par laments - und es gibt auch andere Stimmen - auf die Summe, die es erhalten würde aus dem Dawes-Plan und die bedeutend höher sind als die Zahlungen des YoungPlanes. Wenn Sie die

ersten zehn Jahre nehmen - und zehn Jahre sind eine lange Zeit im wirtschaftlichen und politischen Leben werden Sie für diese zehn Jahre zum mindesten eine Ermäßigung von sieben Milliarden Goldmark für Deutschland haben. Graf Westarp hat das neulich in einem Aufsatz in der »Kreuz-Zeitung« bezweifelt. Er hat mir vorgeworfen, es seien nur sechs Milliarden.-" Immerhin wäre das auch schon eine bedeutende Summe. Er vergißt aber das eine: Ich habe die Summe von sieben Milliarden genannt, und sie ist sehr gering, und ich habe kein Wort gesagt von der Wirkung des Wohlstandsindex, die in dem Dawes-Bericht steht. - Meine Herren, wenn man so oft in Versammlungen hört und liest, was da gesprochen wird von dem verelendeten deutschen Volke - ich würde Sie doch bitten, mit diesem Ausdruck etwas vorsichtiger zu sein. Man kann zwar sagen: Das verarmte deutsche Volk. Aber es lebt nicht wie ein verarmtes deutsches Volk, absolut nicht. Es lebt, als wäre es eines der reichsten Völker der Welt, und wenn sie die Komponenten zusammennähmen, die für den Wohlstandsindex in Betracht kommen, würden Summen herauskommen können, die ich hier nicht sagen möchte. Es ist einmal gefordert worden, wir sollten alle Unterlagen im Reichstag geben. Ich denke nicht daran. Der Ausdruck »Landesverrat« wäre in diesem Falle berechtigt. Denn wenn die Leute unsere Berechnungen über den Wohlstandsindex kennen würden, würden wahrscheinlich ganz andere Ziffern in Paris herausgekommen sein. Es ist gar keine Rede von 2 U Milliarden als Maximalsumme, sondern es sind ganz andere Summen, die keiner von Ihnen sich jemals hat träumen lassen. Es sind andere Fragen. Der Etat ist auch eine Komponente. Ersteigt von Jahr zu Jahr. Dann der Verkehr, das Reisen. Ich sehe nicht, was wir doch 1924 angenommen haben, daß wir als verarmtes Volk keinen Wohlstand nach außen zum Ausdruck bringen würden. Ich sehe das wirklich nicht. Ich bin stets in die Lage versetzt, wenn Ausländer zu mir kommen, mich dagegen verwahren zu müssen, daß sie mir die größten Komplimente machen, daß auch die größten Städte Amerikas nicht einen derartigen Luxus und Wohlstand und vor allen Dingen bacchanalische Vergnügungssucht zeigen wie die deutschen Großstädte. Das ist der Eindruck, den wir nach außen machen. Und daß er nicht ganz unberechtigt ist, zeigen auch die Ziffern, die sich für den Wohlstandsindex ergeben. Wir müßten also von ganz anderen Summen als von 2 Vi Milliarden ausgehen, wenn wir den Young-Plan mit dem Dawes-Plan vergleichen. Meine Herren! Was sich bei den Experten vollzogen hat, das war die Forderung der anderen Mächte, hervorgegangen aus ihren Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist ja doch auch unerhört, daß es immer so hingestellt wird, als wenn diese feige, ohnmächtige und von kranken Seelen beherrschte Regierung es fertigbekommen hätte, Verpflichtungen für mehrere Generationen zuzugestehen. Die Leute wissen doch, daß England, daß Frankreich dieselben Ziffern haben für ihre Verpflichtungen gegenüber Amerika.-^ Schließlich ist England eines der größten Länder der Welt, und es hat mit Vorbedacht seine Verpflichtungen auf 68 Jahre festlegen lassen, und zwar in der richtigen Idee, die mir einer unserer Hauptgegner einmal entgegengehalten hat, als ich ihm sagte: Es ist unerhört, daß wir 57 Jahre lang Verpflichtungen haben sollen. Da hat er mir erwidert: Herr Stresemann, wenn ich in Ihr Herz sehe, so glaube ich, am liebsten hätten Sie einen Vertrag auf 157 Jahre geschlossen, denn umso größer wäre für Sie die Möglichkeit, daß Sie gar nichts zahlen. In der ganzen Konstruktion, auch der Verpflichtungen von England und Frankreich gegenüber Amerika, liegt doch die Idee: Wenn es in den ersten Jahrzehnten nicht geht, daß man von den Verpflichtungen herunterkommt, wird es in den

nächsten Jahrzehnten gehen. Wie kann man den Gedanken vertreten, daß die Generation, die zwei Millionen Tote verloren hat, die fast ihr ganzen Vermögen verloren hat, die in der Nachkriegszeit wie eine Zitrone ausgepreßt worden ist und noch wird durch Steuern, - daß die die Verpflichtungen haben soll, ihren Kindern schuldlos das Deutsche Reich zu übergeben? Das ist ja eine vollkommene Torheit. Es ist ja auch ein Unsinn, daß das noch nicht dagewesen sei. Es war doch bei den Freiheitskriegen ähnlich, als die Ostpreußische Landschaft in Verschuldung gegangen ist, um die Kontributionen an Napoleon zu zahlen. Nun kommen die Vorwürfe gegen die politischen Verhandlungen, die im Haag geführt worden sind.-* Offen gestanden, verstehe ich diese Vorwürfe nicht. Die Banksachverständigen haben in Paris einige Fragen offengelassen.^' Eigentlich in einer gewissen Bequemlichkeit. Sie haben sich selbst nicht einigen können über alle Fragen, und sie haben dann die Formel gefunden: Es wird Sache der Regierungen sein, sich hierüber zu verständigen. Dabei spielte eine große Rolle die Frage der Verteilung der Überschüsse aus den Dawes-Zahlungen und dann die Frage der Besatzungskosten. Es hieß nicht so: Es ist ein Überschuß da, der verteilt werden soll, sondern der Wortlaut war der: Wenn nach Befriedigung der Ansprüche der Alliierten ein Überschuß bleibt, dann soll darüber unter den Regierungen Beschluß gefaßt werden. Nun haben Sie ja die seltsamen Verhandlungen im Haag verfolgt. Nie habe ich das deutsche Volk so unpolitisch gesehen, wie bei den Jubelhymnen für Herrn Snowden. Es hieß, es sei unerhört, daß wir uns nicht auf die englische Seite stellten. Nun stellen Sie sich vor: Ich muß das ganze Geld, wenn ich von Deutschland spreche, aufbringen, muß den Kerlen die Milliarden hinlegen: jetzt zanken sich die Hunde um den Braten, und da soll ich für den einen Hund oder den anderen Hund Partei ergreifen, damit er mehr frißt von dem, was ich hinschaffen muß? War das irgend etwas, was mich interessierte? Wenn der Engländer sagte: Er habe zu wenig bekommen, sollte ich für ihn gegen den Franzosen mich aussprechen? Erstens würde der Engländer mich wegen eines derartigen Heranschmeißens unter solchen Umständen so verachten, und zweitens kann man über dieses Verhalten sehr verschieden denken. Ich möchte hier nicht über Einzelheiten sprechen. Aber ich darf vielleicht das eine sagen, was ich auch im Kabinett gesagt habe. Wenn ich nach 35 Jahren politischer Arbeit zu den Menschenverächtern gehöre, so ist nach den Erfahrungen im Haag meine Menschenverachtung bis zum Gipfel gestiegen. Ich habe gesehen, wie wundervoll sich Prinzipien mit Ziffern vereinigen lassen. Es gibt ein altes Wort, das heißt: Sie sagen Gott und meinen Kattun. Nun, das ist dasselbe geblieben in der Vergangenheit wie heute. Der große Herr Snowden, der hier bejubelt wurde, weil er ein Wort gegen Frankreich sagte, d.h. weil er von den anderen Geld haben wollte, er hat beispielsweise in der ersten Sitzung gesagt: Man könnte ja den Überschuß dazu gebrauchen, um die Besatzungskosten zu zahlen.^“ Wir haben ihn später daran erinnert. Da hat er gesagt: Das war doch nicht meine endgültige Meinung, als ich das aussprach. Es waren zehn Tage vergangen. Das nennt man eine feierliche Erklärung des englischen Schatzkanzlers. Es ist in dem einen Zimmer das Wort gefallen: Ich verlange keinen Pfennig von Deutschland. Und in einem anderen Zimmer hat ein englischer Minister gesagt: Wenn Sie 7 V2 Millionen Annuitäten mehr im Jahre zahlen, ist das Geschäft gemacht. So wurde mit verteilten Rollen einmal das Gesicht gewahrt und auf der anderen Seite versucht, aus uns mehr herauszupressen. Diese Annuitätenerhöhung, die man von uns verlangt hat, haben wir abgelehnt. Von dem Überschuß haben wir nichts erhalten, da er aufgeteilt wurde angesichts der englischen Forderungen.

Dann kommt die Frage der Besatzungskosten.[^] Auch hier sehen Sie, daß von einer Großzügigkeit Englands nicht gerade die Rede sein kann. Denn zugleich mit der politischen Geste der Räumung erhob es die Forderung, daß wir die Claims zu zahlen hätten, d.h. alle die Dinge, die da ruiniert sind, ersetzen müßten. Und bei den Besatzungskosten, die zwischen den Regierungen verteilt werden sollten, versuchte man die These aufzustellen, daß die auf Deutschland allein zurückfielen. Es ist dann dahin gekommen, daß man geteilt hat, aber geteilt in einer Weise, daß die Maximal summe auf 60 Millionen festgesetzt wurde, so daß alles, was mehr als 60 Millionen kommt, auf die anderen entfällt, so daß sie selbst dadurch gezwungen sind, so schnell wie möglich zu räumen. Meine Herren! Diese Räumungsverhandlungen waren eine wundervolle Komödie. Was ich da alles gehört habe, hat mein Wissen wesentlich bereichert. Ich habe einmal einem französischen Unterhändler gesagt: Seien Sie vorsichtig mit Ihren Äußerungen, ich fürchte, ihre Bündnispolitik wird darunter leiden. Wieso, fragte er. Ich sagte: Wenn Ihre Bundesgenossen hören, daß Ihr Generalstab so rückständig ist, daß er zwölf Monate braucht, um 50000 Menschen zu bewegen, werden sie keinen besonderen Wert auf solche Bundesgenossenschaft legen. Ich habe hören müssen, daß man im Winter Truppen überhaupt nicht zurückziehen könnte, weil es unmöglich sei, im Januar Leute in geheizten Eisenbahnwagen zu transportieren. Das Ganze zeigt in Wirklichkeit, wenn es auch töricht klingt, den noch lange nicht zu Ende geführten Kampf zwischen den französischen Militärs und den französischen Politikern, und es ist keine Phrase, sondern eine Wahrheit, daß Herr Briand die allergrößten Schwierigkeiten mit der Räumung hat und genauso seine Rechtsopposition hat, wie wir sie in Deutschland haben. Und wenn wir schließlich in der Frage der Besatzungskosten erklärt haben, daß wir bereit seien, 30 Millionen zuzugeben, so ist das etwas, was ich vor jedem vertrete. Das Ganze kommt mir vor, als wenn ich zehn Jahre lang einen Zwangsmieter in meinen Räumen gehabt habe. Der Mann hat nach dem Vertrag, den ich mit ihm habe, wenn er herausgeht, neu tapezieren und den Boden neu streichen zu lassen. Nun will er früher wegziehen und sagt: Ich will neu tapezieren lassen. Dann sage ich ihm: ich will neu tapezieren lassen, aber machen Sie, daß Sie herausgehen. Es wäre töricht gewesen, an den Besatzungskosten - nachdem wir es in der Weise geregelt haben, daß es ein Zwang für die anderen ist, frühzeitig herauszugehen -irgendwie die Dinge scheitern zu lassen. Ich will, da ich die englische Politik in den finanziellen Fragen scharf kritisiert habe, nicht vergessen zu sagen, daß in der Frage der Räumung der Hauptanteil den Engländern gebührt. Das einzige, wo ich gesehen habe, daß es so etwas wie eine zweite Internationale gibt, ich meine im Denken, war die Bereitwilligkeit Hendersons", mit seinen Truppen unter allen Umständen zu räumen, unbeschadet dessen, was Belgien und Frankreich taten - unter der Reservation, daß wir verzichteten auf die Claims. Darin haben sie uns unterstützt. Das andere war ein sehr heftiger Kampf, ein Kampf, von dem ich auch hier noch einmal sagen muß, daß der ganze Gedanke der Zusammenarbeit der letzten Jahre zwischen Frankreich und Deutschland - ich kann auch wohl sagen zwischen Briand und mir - zuletzt den Ausschlag gegeben hat, nachdem wir bis zum Biegen und Brechen miteinander gerungen hatten und die Dinge ja auch vor dem Abbruch gestanden haben. Das wird ja heute beinahe als ein Vorwurf gegen mich erhoben, und ich habe die Empfindung, daß es sogar weite Kreise in Deutschland gibt, denen nichts so unangenehm ist wie die Räumung des besetzten Gebietes (Sehr richtig). Man hat es nicht geglaubt, daß ein fester Termin festgesetzt werden würde; man hatte beinahe auf die

französische Militärpartei gehofft, und ich habe in dieser Frage schließlich das Letzte ausgespielt, was ich ausspielen konnte, indem ich die Fortsetzung jeder Verständigungspolitik abhängig gemacht habe von der Erledigung dieser Frage. Ich habe auch nie einen Zweifel gehabt, ich habe auch mein Wort dem Herrn Reichspräsidenten aus freiem Antrieb verpfändet, daß in dem Augenblick, wo ich die Räumung nicht zurückbrächte, ich meinerseits die Verständigungspolitik als erledigt ansähe und daraus die Konsequenzen ziehen würde. Es ist nicht dahin gekommen, und wenn man das jetzt bagatellisiert, so möchte ich doch sagen: Gewiß, ob es für das besetzte Gebiet nicht noch erträglich gewesen wäre, drei oder vier Jahre die Besatzung zu tragen, lasse ich dahingestellt. Aber historisch gesehen können wir uns beglückwünschen an dem Tage, wo die Periode der europäischen Politik zu Ende ist, daß fremde Truppen auf unserem Gebiet stehen. Die Leute haben alle nicht vergessen, daß die französische Politik eine ganz andere war, daß kein Mensch 1919 in Frankreich daran gedacht hat, herauszugehen. Das war die Idee von Clemenceau, von Tardieu, der jenes Buch jetzt einstampfen läßt, seit er Minister ist^{“*}, aber vorher erklärt hat: Die Locarno-Politik ist das Ende der seit Ludwig XIV. von Frankreich konsequent verfolgten französischen Rheinpolitik. Damals hat man immer versucht, es dahin zu bringen, daß man im deutschen Gebiet bleibt, und jetzt sieht man, daß das nicht aufrecht zu erhalten ist, daß man vor der vertragsmäßigen Zeit herausgehen muß. Und daraus ergibt sich, daß diese ganzen Möglichkeiten tatsächlicher deutscher Unterjochung zu Ende sind (Sehr richtig!). Es kommt ein Zweites, was auch viel zu wenig beachtet wird. Herr Hugenberg entwickelt sich ja wie ein politischer Krebs. Er hat jetzt plötzlich seine Liebe zum Dawes-Plan entdeckt, den er seinerzeit mit Millionen von Flugblättern bekämpft hat.^{^^} Ich glaube, nach dem Dawes-Plan kommt er zum Versailler Vertrag. Nun überlegen Sie doch mal, was der Dawes-Plan, den wir mitgemacht haben, aber doch tatsächlich nur zähneknirschend mitgemacht haben, weil wir so elend dran waren, uns an Unterhöhlung unserer wirtschaftlichen Souveränität gebracht hat. Wir haben doch täglich hingehen müssen und das deutsche Geld den fremden Mächten ins Haus bringen müssen. Wir sind doch unter Kontrolle gewesen in unserer ganzen Ausgabenwirtschaft. Es war doch unerhört, daß ein Fremdling Berichte über unsere Verhältnisse abgab und als eingesetzter Schuldenverwalter sich äußerte, wie es mit Deutschland stand in Bezug auf die verpfändeten Einnahmen und all die anderen Dinge. Unsere gute Reichsbahn stand doch unter diesen Franzosen und Belgiern und anderen, und was alles damit zusammenhing. Worin standen wir denn eigentlich besser als die Türkei in der Zeit, als die europäischen Mächte ihre Finanzen überwachten und verwalteten? Worin standen wir denn besser als China, wo die Seezölle an die anderen Mächte verpfändet waren? Ist denn das, daß das jetzt aufhört, gar nichts wert? Es wird so getan, als wenn das Gefühl der Ehre nur bei Herrn Hugenberg wäre. Ich sehe nur, daß das materielle Gefühl bei ihm ist, von Ehre höre ich überhaupt nichts bei den Reden von Hugenberg und den Stahlhelmleuten. Diese Tatsache, daß wir anfangen, wieder ein eigenes wirtschaftliches Volkswesen zu sein, ist doch auch das Ende einer Zeit, die auf jedem in einer ganz furchtbaren Art liegen muß. Das ist noch nicht ganz zu Ende. Es bleibt in Bezug auf Reichsbahn und in Bezug auf Reichsbank immer noch eine gewisse Beschränkung. Die Ausländer kommen heraus, aber die Institute bleiben ein privates Unternehmen. In Bezug auf die Reichsbank zeigt sich das dadurch, daß man sie nicht zum Experiment von Notenausgaben machen wil[^]; in Bezug auf die Reichsbahn kämpft man darum, ob ein

staatlicher Einfluß das Pfand vermindert, das in dem Überschuß der Reichsbahn liegt, der ja dazu dienen soll, unsere Schuld zu bezahlen. Wenn wir die alte preußisch-hessische Staatsbahn hätten, könnte man sagen, daß gar kein Zweifel daran ist, daß sie ebenso gut verwaltet werden und Überschüsse ergeben kann wie irgendein Privatunternehmen. Ich habe mich über eines gefreut: daß auch in einem weitgehenden Einkskabinett die Absicht, die Reichsbahn nicht wieder fraktionsmäßigen parlamentarischen Einflüssen auszuliefern, eine einmütige gewesen ist (Bravo!). Diese Dinge können nicht von Popularitätsströmungen gemacht werden, sondern müssen unter strengster Verantwortlichkeit gemacht werden. Aber ich wünsche, daß bei den noch kommen den Verhandlungen der Einfluß des Reiches soweit gestärkt wird wie irgend möglich, denn es gibt auch volkswirtschaftliche Aufgaben, die eine Reichsbahn zu erfüllen hat, auch wenn sie in gewissen Gegenden nicht sofort mit Überschüssen von bestimmten Prozentsätzen aufwarten kann. Sie ist die Bahn des Deutschen Reiches und nicht nur eine Bahn, die Überschüsse zu machen hat. Meine Herren! Ich lese ja selten jetzt die Liebenswürdigkeiten von der anderen Seite. Aber man hat vor allen Dingen, wie ich kürzlich in einer Stahlhelm-Zeitung gelesen habe, zum Ausdruck gebracht, wir hätten gar keine Anstrengungen gemacht, die Summe im Young-Plan herabzumindern. Ich weiß nicht, was Deutschland dadurch gewonnen hätte, daß irgend jemand ein Klagelied über die deutschen Verhältnisse angestimmt hätte. Einmal spricht zuviel gegen dieses Klagelied, weil man uns vorwerfen würde, und zwar mit Recht, daß der Etat unseres Reiches und der Länder und Gemeinden all das Lügen straft, was ein deutscher Staatsmann draußen bei diesen Verhandlungen sagt. Ich habe wiederholt Oberbürgermeistern von Großstädten gesagt; Gehen Sie hin, wenn es sich um die Herabsetzung der deutschen Reparationen handelt, und antworten Sie auf das, was Ihnen gesagt wird darüber, wie die deutschen Städte heute wirtschaften mit dem Gelde, als wenn sie es in Fülle besäßen. Und zudem, nachdem Herr Schacht, Herr Kastl und Herr Melchior sich selbst gezwungen gesehen haben, auf diese Summe zu gehen - die Herren, die ja gekämpft haben bis zum letzten -, die Dinge jetzt neu aufzurollen, hätte gar keinen Sinn gehabt, da das Ergebnis von vornherein feststand. Wenn man das Ganze scheitern lassen wollte, hätten man es tun sollen. Ich wollte es nicht. Aber lediglich sprechen, um zu sprechen und nachher sich doch bescheiden, das halte ich für die dümmste Politik. Infolgedessen haben wir gesagt: Wie es steht, können wir es in Bezug auf die Ziffern annehmen, alles andere kommt auf die politischen Fragen an, von denen wir es ja auch abhängig gemacht haben. Ein Wort noch zu den politischen Fragen, insbesondere zu der Frage einer Dauerkontrolle im Rheinland.^* Das ist ja auch seltsam in der deutschen Presse gegangen. Am 7. Oktober tritt der Verband der republikanischen Presse zusammen mit dem zeitgemäßen Thema: Regierung und Presse auf internationalen Konferenzen. Ich werde nicht hingehen, obwohl es mich in allen Fingern juckt, den Herren meine Meinung zu sagen über das Thema. Es kann überhaupt nichts Großes zustande kommen, wenn dreihundert Leute täglich darüber quatschen. Es wäre niemals in der Wirtschaft etwas Großes zustande gekommen, wenn die Beteiligten gezwungen gewesen wären, jeden Tag über den Stand der Verhandlungen Auskunft zu geben und sich kritisieren zu lassen. Was ist z.B. von unserer braven »Kölnischen Zeitung« in Bezug auf diese Dauerkontrolle geschrieben worden. Als ich am letzten Tag vorlas, was abgemacht ist, da sagte mir der Vertreter der »Kölnischen Zeitung«: Ja, wenn ich das acht Tage vorher gewußt hätte, hätte ich nie ein Wort dagegen geschrieben. Aber die Überlegung hat der Mann

nicht. An dem Tage, an dem wir Briand soweit hatten, auf alles zu verzichten, so daß nichts übrigblieb von dem, was er früher verlangt hatte, hätte ich zur Presse gehen und das als einen großen Erfolg feiern können. Das wäre die größte Dummheit gewesen. Denn dann hätte ich die französische Presse in Alarm versetzt gegen Briand. Infolgedessen habe ich geschwiegen und gesagt: «Die Verhandlungen gehen noch weiter», damit wir erst die Räumung hatten. Ich habe es erst im letzten Augenblick veröffentlicht. Und den Brief von Briand, daß die Saarverhandlungen beginnen, habe ich acht Tage später veröffentlicht[^], damit er nicht ausgepiffen würde, wie er nach Thoiry ausgepiffen ist, als er ein zu weitgehendes Communiqué gegeben hatte.“ Es ist eine unmögliche Forderung der Presse, über jede Phase solcher Verhandlungen unterrichtet zu werden. Zur Sache wird wohl kaum noch die Auffassung vertreten werden, daß von dieser Kontrolle irgend etwas übrig geblieben ist. Ich habe den Entwurf von Briand auch noch nicht veröffentlicht und werde das nur in der äußersten Not tun und dann dem Deutschen Reichstag sagen, was er verlangt hat, und dem gegenüberstellen, was herausgekommen ist. Das kann ich auch nicht tun, ehe es in Frankreich herausgekommen ist. Denn alles, was man für sich selbst tut, ist gleichzeitig ein Schlag für den Kontrahenten auf der anderen Seite. Was dort verlangt wurde, war das Zusammenwirken aller Alliierten gegen Deutschland: England, Italien, Frankreich, Belgien auf der einen Seite und ein Deutscher auf der anderen Seite zur Untersuchung von sogenannten Verfehlungen. Das ist vollkommen erledigt! Geblieben ist, was ich stets gesagt habe: Wir haben die Vergleichskommission des Locarno-Vertrages.“ Wenn etwas vorkommt, können die sich damit beschäftigen. Das ist in dem Schriftstück mit Worten gesagt, die man ebenso hätte formulieren können: Die vereinten Mächte haben beschlossen, es bleibt alles beim Alten. Denn weiter steht tatsächlich nichts darin, daß nämlich die Vergleichskommission auch in diesen Fällen anzurufen ist. Damals, als Locarno kam, hat Graf Westarp gesagt: Das erkenne ich an, den einen Vorteil hat das, daß alle Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland jetzt unter einem Schiedsgericht stehen. Bitte sehr, dabei bleibt es, daß alles unter Schiedsgericht gestellt ist. Nun hat Herr Wirth sich ein sehr großes Verdienst zugeschrieben, daß er hineingeschrieben hätte, man könnte aber auch an den Völkerbund gehen. Erstens kann man das in jedem Falle, sowohl Deutschland wie die anderen. Der «Vorwärts» schrieb damals, daß Wirth mit großer Kraft für alle Selbstverständlichkeiten eingetreten sei. Aber ich frage mich nur, ob das ein deutsches Interesse ist. Man sagt: Es werden die anderen nicht wagen, vor den Völkerbund zu gehen. Ich glaube nicht, daß sie es heute tun. Soweit haben wir es gebracht, daß man heute gegenüber Deutschland das Untersuchungsverfahren auch dann nicht beantragen würde, wenn ziemlich tolle Sachen vorgekommen wären. Es kann auch mal ein anderer Mann als Briand französischer Ministerpräsident sein, und ob wir ein Interesse daran haben, jeden Fall an den Völkerbund zu bringen anstatt vor ein Schiedsgericht, scheint mir zweifelhaft. Ich gebe anheim, sich in der Bendlerstraße*- zu erkundigen, ob sie es dort für wünschenswert halten, daß jeder Fall vor die Weltöffentlichkeit gebracht wird, vor den Völkerbund. Es gibt solche Fälle, wenn ich mir da vorstelle, daß da immer von uns verlangt würde, sie sollten vor den Völkerbund gebracht werden, so wird mir etwas unwohl dabei. Wenn eine Division, entgegen dem Versailler Vertrag, durchtransportiert wird durch das besetzte Gebiet und wir verlangen, das soll vor den Völkerbund kommen, - wollen Sie mir sagen, was ich dann dort für eine Rede halten soll? Gewiß, es ist eine Verletzung des Versailler Vertrages, aber ich kann

doch nichts weiter sagen als: Ich bedaure den Vorfall und werde dafür sorgen, daß sich das in Zukunft nicht wiederholt. Etwas anderes ist doch nicht möglich. Die ganzen Dinge sind immer im Vergleichswege erledigt worden. Jedenfalls sind wir von irgendeiner Institution einer Dauerkontrolle im Rheinland vollkommen frei. Denn diese Vergleichskommissionen beziehen sich ja gar nicht allein auf das Rheinland, sondern auf alle Streitfälle zwischen Frankreich, Belgien und uns. Damals, als ich vor den Verhandlungen im Haag im Reichstag gesagt habe: Ich werde nie einer Dauerkontrolle zustimmen, hat der Herr v. Freytagh-Loringhoven - der besser täte, sich zurückzuhalten, bis er das Idiom der deutschen Sprache erfaßt hat - ausgerufen: Das werden wir uns merken! Da hofft er wohl: Da hat der Mann sich festgelegt. Das hieß doch nur: Er kommt ja gar nicht nach Hause ohne die Dauerkontrolle. Jetzt ist diese Sache erledigt. Die Räumung auch. Und die Leute wagen es, die ganze Delegation hinzustellen, als wenn es deutsche Landesverräter wären. Aber daß es eine Opposition gibt dagegen, dagegen ist gar nichts zu sagen. Ich würde sie mir selbst bestellen, jetzt noch während dieser Zeit, und wenn es bei der eigenen Partei wäre, in Bezug auf das, was es noch zu verhandeln gibt. Wir haben im Kabinett gehört von dem, was bevorsteht in Bezug auf die Reform der Steuern, so weitgehend, wie ich nie geglaubt habe, daß es möglich sein könnte. Es ist gar kein Zweifel: Wenn ich in der Lage wäre - ich hätte ja nur im Kabinett diesen Vorschlag zu machen brauchen -, diese Dinge zu veröffentlichen, ich glaube, daß es niemand mehr gäbe, der sich an dem Volksbegehren beteiligen würde. Ich habe mich dagegen auf das schärfste ausgesprochen. Ich habe erklärt: Ich halte es für unmöglich, daß irgend jemand diese Dinge veröffentlicht. Denn wenn wir heute veröffentlichen, welche Steuersenkungen in Aussicht genommen sind für die Arbeiter in Bezug auf das Existenzminimum und für die Industrie in Bezug auf die Industrieobligationen und für die Landwirtschaft in Bezug auf die Rentenbank, also für sämtliche Steuerzahler, sukzessive folgend Jahr für Jahr, fünfjahre hintereinander bis zu einem Viertel der ganzen direkten Steuern, würden die anderen sagen: Wenn Euch der Young-Plan derartige Vorteile bringt, werden wir Euch alles aufbrummen, was möglich ist. Aber man die Möglichkeit hat, den Arbeitern, dem Mittelstand, der Industrie, der Landwirtschaft tatsächlich ganz große Erleichterungen zu geben, das zeigt doch, mit welcher Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit diejenigen Leute Vorgehen, die hier das Volksbegehren gegen den Young-Plan einbringen. Als ich den ersten Wortlaut des Volksbegehrens gelesen habe, habe ich geglaubt, ich hätte statt der »Neuen Zürcher Zeitung« den »Kladderadatsch« erwischt. Ich war damals in Vitznau und habe mich erholt von den Tagen der Verhandlungen im Haag und in Genf, die wirklich ein bißchen stark aufeinanderfolgten. Aber dann habe ich mich gefragt: Nimmt das denn jemand ernst? Es ist doch wirklich eine Zumutung an ein Volk, das nicht ein Volk der Analphabeten ist, mit einer derartigen Torheit sich beschäftigen zu müssen. Und doch, man sieht, wie viele darauf hereinfallen. Gute Parteianhängerinnen schreiben mir: Ich höre, das geht gegen Sie, aber sie waren doch auch immer gegen die Kriegsschuldlüge (Heiterkeit). Das ist nicht zum Lachen, das ist zum Weinen. Die Leute glauben also, etwas Gutes zu tun und mir zu sagen: Sie müssen auch auftreten und sagen: Ich glaube nicht an die Kriegsschuldlüge. Aber daß das darin steht, hat seine ganz große bedenkliche Seite. Bisher hat in der Welt niemand daran gezweifelt, daß das ganze deutsche Volk die Kriegsschuldlüge ablehnt. Schon einmal sind wir einig gewesen. Denken Sie an die schlimmste Zeit, als die

Forderung gestellt wurde, die Kriegsschuldigen auszuliefern. Da haben wir von den Unabhängigen Sozialdemokraten, die es damals noch gab, bis zu den Deutschnationalen das einstimmig abgelehnt, und das hat seine Wirkung nicht verfehlt. Eine Volksabstimmung wäre nicht so einstimmig gewesen, wie das damals einstimmig vor sich gegangen ist. Dann das Weitere. Mein Gott, ich nehme den Ausdruck »Landesverräter« nach allem, was ich als Parlamentarier erlebt habe, und nach dem, was heute parlamentarischer Ton ist, nicht mehr so tragisch in seinem Wortlaut. Wenn man jemandem sagt: Sie sind ein Verbrecher und Landesverräter, so heißt das ungefähr soviel wie: Ich bedaure, daß ich Ihre Meinung nicht vollkommen teilen kann (Heiterkeit). Diese Dinge sind ja allmählich vollkommen entwertet. Ich habe auch aus dem Kreise deutschnationaler Parlamentarier Kartengrüße bekommen in so herzlicher Weise, daß ich mir nur denken kann: Entweder ist das eine Demonstration gegen das Volksbegehren, wenn man es ernstlich meint, oder ich müßt eigentlich antworten: Vielen Dank für Ihren Gruß, mit landesverräterischem Gruß, Stresemann. Aber welche Verrohung wird dadurch ins Volk getragen. Wenn das irgendein Strasser¹ oder irgendein Kommunist sagt - gut. Aber wenn die Leute, die eine Partei führen wie die Deutschnationale Volkspartei, einen derartigen Verhetzungston, der schließlich zur Mordhetze führen kann, in ihren Versammlungen einführen, dann ist, wenn einmal ein Mord geschieht, nicht der arme junge Mann schuld, der den Revolver abschießt. sondern der Mann mit dem Kainszeichen auf der Stirn, das ist Herr Finanzrat Hugenberg in eigener Person (Lebhafte Zustimmung). Dazu kommt ein anderes. Wie denken sich die Leute denn überhaupt die deutsche Zukunft? Man sagt von mir immer, ich sei der unbedingte Anhänger der Großen Koalition. Das ist Unsinn. Ich bin Anhänger einer festen und starken Regierung in Deutschland. Ich würde sie mit jedem führen, der gewillt ist, auf vernünftiger Basis eine Politik zu treiben. Es ist nicht mein Ideal, das mit den Sozialisten zu tun. Aber wenn es jetzt auf lange Zeitdauer nicht anders geht als mit der Großen Koalition, so können diejenigen, die wirklich in ihr das Ideal sehen, Herrn Hugenberg ein Denkmal errichten für die dauernde Erhaltung der Großen Koalition. Denn er macht es doch unmöglich, mit seinen Leuten zusammenzugehen. Was den berühmten Artikel 4 des Volksbegehrens angeht, so ist ja ganz seltsam die Rolle, die man den Reichspräsidenten dabei spielen läßt. Meine Herren, die Streichung des Reichspräsidenten daraus ist noch viel beleidigender² (Sehr richtig!). Denn wenn man für die verfassungsmäßigen Ingangsetzung des Young-Plans seine Minister als alleinverantwortlich hinstellt, macht man ihn zum Popanz, der mit der Füllfeder seinen Namen hinsetzt an die Stelle, die man ihm nennt, aber nichts hineinzureden hat. Das tun dieselben Leute, die immer rufen: Mehr Rechte dem Reichspräsidenten. Das tut derselbe Stahlhelm, der erklärt: Die Autorität des Reichspräsidenten muß gestärkt werden. Die sagen jetzt: Der alte Herr hat ja damit nichts zu tun.³ Nun hat Graf Westarp die überraschende Erklärung abgegeben: Das bedeutet überhaupt nicht, daß die Minister Landesverräter sind, wenn sie diesen Vertrag schließen; sondern wenn das Volksbegehren die Mehrheit bekommt, und sie schließen dann das Gesetz ab, dann sind sie Landesverräter. Diese Belehrung ist wirklich naiv. Denn wenn wirklich mit 21 Millionen Stimmen der Young-Plan abgelehnt wird, dann würde kein Minister ihn unterschreiben. Daß die Herren diese Selbstverständlichkeit gesetzlich festlegen wollen, ist wohl ein Zeichen dafür, daß sie überhaupt nicht mehr wissen, wo sie bei ihren Überlegungen landen sollen, wenn sie irgendeinen vernünftigen Landungsplatz noch suchen. Aber diese ganze

Verhetzung zeigt doch, daß man weitere Ziele verfolgt. Es ist eine Truppe, mit der Hugenberg ganz andere Schlachten schlagen will (Sehr richtig!). Es ist auch ganz seltsam, daß diese Leute erst mutig geworden sind gegen den YoungPlan, seitdem sie wußten, daß er angenommen werden wird. In der Zeit, als es in Paris noch zweifelhaft war, sind die Telegramme gekommen aus den Kreisen der Wirtschaft: um Gotteswillen keine Krise, wir können sie nicht ertragen. Jetzt, wo man weiß, es wird angenommen, findet man auf einmal seine Opposition wieder. Was soll nun aus dieser Abstimmung herauskommen? Sie werden sehen, daß das Bürgertum in zwei große Teile zerschlagen wird. Ich bedaure auf das Tiefste dabei, daß gewisse Bünde heute glauben, parteipolitisch tätig sein zu müssen. Meine Herren, wir müssen uns dagegen ganz anders wehren als bisher und ihnen ins Gesicht sagen, daß das unerhört ist gegenüber den Grundprinzipien, auf denen sie aufgebaut sind. Der Stahlhelm war eine kameradschaftliche Institution derjenigen, die aus dem Kriege nach Hause kamen und den Frontgedanken weiter pflegen wollten. Er hat seine Verdienste sich erworben in den Zeiten, als es um den Kommunismus ging. Ich weiß noch gar nicht, ob diese Zeit zu Ende ist. Aber mit Parteipolitik und mit Wirtschaftsfragen hatte er nichts zu tun. Ob ungeschützte Annuitäten in der Höhe von 650 Millionen oder 700 Millionen tragbar sind, ist kein Problem, das man durch eine Volksabstimmung entscheiden kann."^ Ich bemerke, daß für konservative Politiker der Appell an das Volksbegehren bedeutet, die eigenen Grundsätze mit Füßen zu treten. Früher hat man von der Masse gesprochen, der man die Autorität gegenüberstellen müsse. Heute appelliert man an den Mob auf der Straße. Das ist skrupelloseste Demagogie, das hat mit Konservatismus nichts mehr das geringste zu tun."** Ich habe das Empfinden, daß Hugenberg sehr viele Leute an sich zieht. Ich glaube kaum durch seine Persönlichkeit, aber durch sein Organisationstalent und durch die finanzielle Macht, die hinter ihm steht. Ich spreche nicht nur vom Stahlhelm, wenn ich sage, daß diese Entwicklung tief bedauerlich ist. Ich denke an andere Organisationen. Beispielsweise an den Deutschen Offiziersbund. Soll es nun auch dahin kommen, daß die Leute, die im Kampf gefallen sind, auch parteipolitisch festgelegt werden? Was hat die Adelsgenossenschaft mit Parteipolitik zu tun?"^ Das alles ist ja ganz unmöglich. Es wird eine Verhetzung in alle diese Kreise hineingetragen, und dadurch wird ein Zusammenarbeiten des Bürgertums in neutralen Organisationen überhaupt unmöglich (Sehr richtig!). Ich weiß nicht, von wem die Nationalsozialisten ihr Geld haben. Es muß in großen Strömen fließen. Sie haben erklärt, daß sie die Stresemann-Partei ächten. Man braucht das auch nicht tragisch zu nehmen. Aber der Geist, der darin liegt, geht doch schließlich dahin, daß das Volk überhaupt keine Einheit mehr ist, daß es sich gegenseitig nur noch verachtet oder sich gegenseitig anspuckt, anstatt gegenseitig miteinander zu leben. Und sehen Sie, dabei besorgen doch diese Leute die Geschäfte der Sozialisten und Kommunisten. Sie besorgen zunächst mal die Geschäfte der Industrie in keiner Weise. Denn wenn mal die Nationalsozialisten zur Macht kämen, würde die Industrie sich wundern, die auf das Gerede davon, daß man sie von den sozialistischen Arbeitern befreien würde, hereinfällt und Geld gibt. Immer war sie dazu bereit, und wenn sie irgendeinen Trupp organisiert hatte, dann sah sie, daß sie die Leute nur halten konnte, wenn sie in den Lohnforderungen, die die der anderen um 20% überboten, nachgab." Wir stehen doch vor ganz anderen Fragen. Ich habe in der Sitzung in Berlin darauf hingewiesen': Die Entscheidung darüber, ob wir in der Reichsregierung bleiben, die Entscheidung darüber, welche Politik wir treiben, kommt dann, wenn wir uns

zu entscheiden haben über den wirtschaftlichen, finanziellen und steuerlichen Aufbau des Reiches nach Erledigung des Young-Plans. Diese Zeit naht jetzt heran. Ich habe Ihnen vorhin - und ich bitte, das nicht bekanntzugeben - gesagt, nach welchen Richtungen hin die Ideen gehen, um diese Fragen zu erledigen. Ich bedaure aufs tiefste, daß man die Frage der Arbeitslosenversicherung gegen meinen ausdrücklichen Protest, den ich noch aus der Schweiz erlassen habe, hier zur Erörterung gebracht hat, denn das endet meiner Ansicht nach mit einem Zusammenbruch, weil diese Frage nur erledigt werden kann im Zusammenhang mit dem gesamten Aufbau der Reichsfinanzen, weil man erst dann beurteilen kann, ob man nach der Richtung irgendeine Konzession machen kann oder nicht. Aber wie wir den Bürger entlasten, wie wir das Verhältnis gestalten zwischen Reich und Ländern, ob wir die Städte so frei lassen in ihrer Steuergebarung wie bisher, das sind Fragen, von denen unsere ganze Zukunft abhängt. Wer will denn sagen, ob wir den Young-Plan erfüllen können? Das wird erstens abhängen davon, ob wir im Innern Ordnung schaffen, denn die Ordnung haben wir nicht; und wird zweitens abhängen davon, ob es uns möglich ist, unsere Handelspolitik in anderer Weise zu führen als bisher. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich der Meinung bin - dabei denke ich viel weniger an die Zollpolitik -, daß wir uns weit mehr abschließen müssen von gewissen Bevorzugungen ausländischer Produkte, als das jetzt in Deutschland geschieht (Bravo!). Ich habe das Empfinden, daß wir, vermögende Leute und andere, geradezu hineinleben in den Tag, ohne uns irgendwie klarzumachen, wie diese ganzen Dinge einmal enden sollen. Das fängt mit Auslandsreisen an, und das hört mit ausländischen Autos nicht auf, das geht mit Luxuswagen vom Ausland [so weiter], als wenn das deutsche Volk nicht anders leben könnte. So kann es nicht weitergehen. Es müssen in anderer Weise die Dinge in Ordnung gebracht werden in Bezug auf die Ausbalancierung unserer Ein- und Ausfuhr. Es müssen in ganz anderer Weise die Probleme der Steigerung unserer Agrarprodukte gelöst werden. Wenn ich mir die Rechnung vor Augen halte, die Herr Vögler einmal aufgemacht hat; Verschuldung ans Ausland, Überschuß des Imports über den Export und Zahlung von Reparationen, so muß ich sagen: So gehen wir zugrunde; wir müssen überlegen, wie wir das in Ordnung bringen. Daneben steht die Frage der Erledigung der Reparationsfrage durch Moratorien und andere Dinge, die sich, glaube ich, auch trotzdem einstellen werden. Denn daß wir etwa Überschüsse bekommen, mit denen wir nicht wissen, was wir damit anfangen sollen, ist wohl eine Befürchtung, die niemand teilen wird. All das sind Fragen, in denen die Leute, die bei den Deutschnationalen sitzen, eigentlich auf unsere Seite gehörten. Wenn sie eine Opposition sind, die sie heute sind, mit der - verzeihen Sie den Ausdruck - ein anständiger Mensch nicht mehr Zusammengehen kann - denn soweit haben sie es glücklich unter Herrn Hugenberg getrieben -, ist natürlich die Kraft derjenigen Bürgerlichen, die ja von ihnen an die Seite der Sozialdemokraten getrieben werden, viel geringer bei diesen Fragen, als wenn sie unter Umständen ein Zusammengehen der Bürgerlichen in die Waagschale werfen könnten (Sehr richtig!). Das ist das Verwerfliche an Hugenberg, daß er ein nationaler Schädling, der Zerstörer jeder bürgerlichen Einheit ist. Und noch ein taktische Frage zum Schluß! Ich bitte Sie darum - wir haben ja demnächst Parteitag^{^*}, aber wir sind doch hier gewissermaßen die vorbereitende Sitzung;- seien Sie sich klar darüber, wenn jetzt starke Kämpfe kommen: eine Partei wird auf die Dauer nur sich Achtung erringen, wenn sie Achtung vor sich selbst hat. Es geht nicht an, daß wir es nie wagen, gegen Organisationen vorzugehen, die sich nie scheuen,

in der gemeinsten Weise uns anzugreifen (Lebhafte Zustimmung!). Es werden jetzt, nachdem das Volksbegehren eingebracht ist, die Kämpfe beginnen. Herr Minister Severing hat mir heute mitgeteilt, daß er die Begründung, die wahrscheinlich morgen im »Lokalanzeiger« stehen wird, mir zuschicken würde, da sie die heftigsten Angriffe gegen die Außenpolitik enthielte. Wahrscheinlich enthüllt sie das Bündnis mit Mussolini (Heiterkeit). Ich sage, die Kämpfe beginnen. Die Kämpfe werden geführt werden mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit, mit Verfeumdung, mit Drohungen, mit Terror, mit finanziellen Dingen und allen anderen. Meine Herren, wir müssen auf der einen Seite, soweit es uns möglich ist, für Aufklärung sorgen, und die Reichsregierung hat die Verpflichtung, dasselbe zu tun. Wieweit unsere Gegenaktion wirkt, vermag ich nicht zu übersehen. Das Tiefbedauerliche ist, daß man das letzte Wort über den Young-Plan überhaupt noch nicht sagen kann, sonst wäre ja die Situation eine andere. Aber, meine Herren, wenn es sich jetzt darum handelt, Unterschriften zu geben für dieses Volksbegehren, so dürfen diese Unterschriften und darf die Führung dieses Volksbegehrens nicht in Händen von volksparteilichen Leuten liegen^^ (Zustimmung). Wenn das geschieht, ist die Volkspartei erledigt in ihrem Ansehen (Lebhafte Zustimmung). Dann ist die Volkspartei erledigt vor ihren eigenen Wählern. Wenn wir noch mit ihnen die Möglichkeit haben zu fragen, ob sie wirklich mit sehenden Augen das Volk in den Abgrund führen wollen, und wenn wir ihnen die Möglichkeit gegeben haben, mit uns darüber zu sprechen, dann kommt der Augenblick, wo wir sagen müssen: Entweder Volkspartei oder Volksbegehren, ein Drittes gibt es nicht (Lebhafter Beifall). Wir würden zerbrechen im Innern, wenn man in jeder Versammlung sagen könnte, daß Leute, bekannte Leute aus unserer Partei, mit ihrem Namen unter dem Volksbegehren stehen. Ich zweifle nicht, daß wir zunächst Verluste haben können. Es gibt viele brave Menschen, die in einer übrigens vollkommenen Verkennung des Charakters der Königin Luise im Königin-Luise-Bund^^^ sind, es gibt andere, die da glauben, im Offiziers-Verein oder im Stahlhelm oder ähnlichen Organisationen mit diesen Leuten gehen zu müssen. Ich bin der Überzeugung, daß in dem Augenblick, wo unsere Gegenoffensive einsetzen kann, diese ganze Gesellschaft erledigt ist. Ich würde mich gar nicht genieren, wenn ich die Kraft hätte, heute im Reiche herumzureisen und zu sprechen, diesen Leuten die Maske vom Gesicht zu reißen; denn ich glaube nicht, daß einer von diesen Führern überhaupt denkt und glaubt an das, was er sagt; Seldte, weil er zu dumm dazu ist, weil er nicht weiß, um was es sich handelt; Hugenberg weiß es ganz genau und sagt mit vollem Bewußtsein das Gegenteil. Hüten wir uns, daß, wenn nachher der Zusammenbruch kommt, all diese Mächte zu einer eigenen Organisation zur Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen und für den nächsten Bürgerkrieg sich zusammenfinden. Es ist nicht wahr, daß sie sich im inneren Ringen fanden; das ist Unsinn. Ich sehe nur, daß wir mit der Linken gehen müssen, weil Teile von rechts in Deutschland verrückt geworden sind. Aber alles, was die Rechtsradikalen uns beschert haben, hat die Evolution in Deutschland kaputtgemacht. Wir haben die Sozialdemokratie in der ersten Zeit gehabt, die durchaus geneigt war, in manchen ihrer führenden Schichten sich so zu entwickeln wie in Frankreich. Ich denke an Wolfgang Heine, Südekum usw. Diese Schicht wurde hinweggeweht nach dem Erzberger-Mord. Es kam der Rathenau-Mord. Dann kam die Zeit, wo man links wählte, lediglich weil man glaubte, gegen diese Leute wählen zu müssen. Wieder haben wir es verstanden, durch eine ruhige Entwicklung Deutschland vorwärts zu bringen. Es ist kein Zweifel, daß

wir außenpolitisch heute in der Welt geachtet dastehen, wie kein Mensch geglaubt hat, daß das in fünf Jahren möglich sein würde. Jetzt kommt diese Welle. Stellen Sie sich doch vor, daß diese Gesellschaft Deutschland regierte! Ich muß sagen, wenn ich lediglich ein Vergnügen haben wollte, so möchte ich in der Opposition sitzen und sehen, wie diese Hugenberg und Seldte und diese Leute in vier Wochen sich kaputtwirtschaften. Aber sie wirtschaften ja nicht nur sich kaputt, sie wirtschaften unser Vaterland kaputt. Das ist das Schlimme. Darum bin ich der Meinung, daß kein Zweifel darüber bestehen darf - und mögen wir in der ersten Zeit darunter leiden, auf die Dauer wird die Volkspartei sich durchsetzen zur Führerin des Bürgertums, denn auf sie hört das Bürgertum, nicht auf die Demokraten und die Großstadtresse -, daß wir mit Entschiedenheit zum Ausdruck bringen gegenüber dem Treiben dieser Gesellschaft: Bis hierher und nicht weiter (Stürmischer Beifall!).